

ZEW Wirtschaftsforum 2001

Zum diesjährigen Wirtschaftsforum konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz rund 200 Besucherinnen und Besucher in Mannheim begrüßen. Neben Vorträgen von Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller und Bundesbankpräsident Ernst Welteke standen das Konjunkturforum und Vorträge von ZEW-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern auf dem Programm.



Bundeswirtschaftsminister Müller zeigte sich in seinem Vortrag davon überzeugt, dass ausreichende Energieerzeugungskapazitäten in Deutschland bewahrt werden müssen.

■ Zum Auftakt des Wirtschaftsforum 2001 referierte Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller über „Wachstum, Energie und Klima – Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld“. Als zentrale Ziele der Wirtschafts- und Energiepolitik nannte Müller: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz. Zwischen diesen drei Faktoren bestehe allerdings ein Zielkonflikt. Wichtig sei es daher, keinen Faktor im Vergleich zu den anderen zu stark zu gewichten. Daher müssten auch in der Energiepolitik Abstriche gemacht werden.

Müller forderte in seinem Vortrag einen sparsamen Umgang mit fossilen Energieträgern, weitere Fortschritte bei den erneuerbaren Energien und die Bei-

haltung eines Sockels heimischer Energieerzeugungskapazitäten. Er erklärte, dass für die Zukunftssicherung Wirtschaftswachstum, sozialer Frieden und Umweltschutz von zentraler Bedeutung seien. Es stelle sich somit für ihn nicht die Frage, ob man als Ziel Wirtschaftswachstum oder Klimaschutz verfolgen solle. Vielmehr gehe es darum, ein ehrgeiziges Klimaziel zu erreichen, ohne andere Ziele deswegen aufzugeben.

Wissenschaft für die Praxis

Den Programmteil „Wissenschaft für die Praxis“ eröffnete Dr. Michael Schröder, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Internationale Finanzmärkte. Er verglich

in seinem Vortrag die Prognosegüte der ifo-Geschäftserwartungen mit den ZEW-Konjunkturerwartungen. Er führte aus, dass die ZEW-Konjunkturerwartungen einen signifikanten Vorlauf zu den ifo-Geschäftserwartungen hätten. Darüber hinaus zeige sich, dass eine Kombination der Indikatoren für kurz- und mittelfristige Zeithorizonte die Prognosequalität der Einzelindikatoren verbessere.

Preismessung und technischer Fortschritt war das Thema des Vortrags von Dietmar Moch, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik. Er erklärte, dass sich die starken Qualitätsverbesserungen von Technologiegütern nicht in gleichem Maße in höheren Preisen niederschlugen. Bei der Berechnung von Preisindizes in der amtlichen Statistik würden Qualitätsverbesserungen unzureichend berücksichtigt. Dadurch wiesen Preisindizes zu hohe Indexzahlen und so eine zu hohe Inflationsrate aus.

In dieser Ausgabe

| | |
|---|----|
| ZEW Wirtschaftsforum 2001 | 1 |
| Konjunkturflaute bei unternehmensnahen Dienstleistern | 3 |
| Einsatz von atypischer Arbeit | 4 |
| Outsourcing von IKT-Leistungen | 5 |
| ZEW-Intern | 6 |
| ZEW-Neuerscheinungen | 7 |
| ZEW-Konferenz, ZEW-Termine | 8 |
| Daten und Fakten | 9 |
| Standpunkt | 10 |

ZEW Wirtschaftsforum

Gaby Wunderlich, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich Arbeitsmärkte, stellte eine Studie über die Bedeutung von mittätigen Unternehmer-Frauen in kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg vor. Die Studie habe ergeben, dass diese Frauen eine wichtige Stütze für die Betriebe darstellten. Eine Problemgruppe im Hinblick auf die soziale Sicherung bildeten allerdings die Frauen, die unentgeltlich mitarbeiteten. Von ihnen habe jede Vierte keine Rentenversicherung.

ZEW Konjunkturforum

Den Auftakt des Konjunkturforums bildete ein Vortrag von Prof. Daniel Hamermesh, Ph.D. (Universität Texas), zum Thema „US-Arbeitsmarkterfolg – ein Wunder?“. Mikroökonomische Analysen deuteten darauf hin, so Hamermesh, dass ein höherer Mindestlohn, mehr Arbeitslosengeld, höhere Besteuerung der Arbeitskräfte und Arbeitszeitbeschränkungen wie in Deutschland zu einem wenig effizienten Arbeitsmarkt führten. Im Vergleich dazu sei der amerikanische Arbeitsmarkt viel flexibler. Als Erklärung für den lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung der USA in den Neunzigerjahren reiche dies aber nicht aus. So habe der Arbeitsmarkt in den USA zwar von seiner Flexibilität profitiert, allerdings nur im Zusammenspiel mit einem positiven internationalen Umfeld mit höherer gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, die für mehr Beschäftigung gesorgt habe. „Der amerikanische Arbeitsmarkterfolg war kein Wunder, sondern vor allem das Ergebnis des Zusammenspiels von Wachstum und Arbeitsmarktpolitik“, sagte Hamermesh.

Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der DG Bank, analysierte die Situation der Weltkonjunktur. Am Wichtigsten sei das Wachstum der USA. Die meisten Indikatoren für die dortige wirtschaftliche Entwicklung hätten einen starken Negativtrend hinter sich. Heise vertrat jedoch die Ansicht, dass es nicht zu einer Rezession kommen werde. Vielmehr werde sich die US-Wirtschaft ab Anfang nächsten Jahres wieder erholen.

Die Konjunkturschwäche in Deutschland habe unterschiedliche Gründe. Ins-

besondere die Reformmüdigkeit der Bundesregierung machte er für die wirtschaftlich schwache Lage Deutschlands verantwortlich. Eine Arbeitsmarktreform sei überfällig. Die Regierung habe die Chance verpasst, durch Deregulierung die Binnennachfrage anzukurbeln. Da in Europa momentan kein Spielraum für große Konjunkturprogramme vorhanden sei, sei die Geldpolitik gefragt. Die Europäische Zentralbank (EZB) habe allerdings keine leichte Aufgabe, sagte Heise.

Er sehe für das kommende Jahr deutliche Konjunkturrisiken, die ausgeprägter seien als die Inflationsrisiken. Die EZB habe aber noch Spielraum, die Zinsen zu senken.

Dr. Georg Licht, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Industrieökonomik, stellte Deutschlands Position im internationalen Technologiewettbewerb dar. Deutschland sei seit zehn Jahren das Schlusslicht unter den europäischen Ländern, was das Wachstum angehe. Gerade Engpässe bei hoch qualifiziertem Personal wirkten sich negativ auf Wirtschafts- und Einkommenswachstum aus. Vor allem im Bereich der Bildung sei einiges aufzuholen: Bereits seit 15 Jahren investiere der deutsche Staat in den Bildungsbereich weniger als der Durchschnitt aller OECD-Länder. Dies müsse sich ändern, denn insbesondere innovative Unternehmen seien durch den Mangel an qualifiziertem Personal beeinträchtigt.

Europäische Geldpolitik und EZB

Den Abschluss des Wirtschaftsforums bildete ein Vortrag von Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank zum Thema „Europäische Geldpolitik – Herausforderungen für die nationale Wirtschaftspolitik“. Welteke vertrat die Ansicht, die Vorbereitung einer einheitlichen Geldpolitik – die Verankerung der institutionellen Unabhängigkeit der EZB und die Verpflichtung der EZB auf Preisstabilität als primäres Ziel – habe über



Bundesbankpräsident Welteke sagte, die Geldpolitik Sorge für ein stabilitätsgerechtes Verhalten der Euro-Staaten.

die Konvergenzprozesse schon vor der Währungsunion die nationalen Politiken entscheidend verändert. Die Geldpolitik sei der erste wirklich europäische Politikbereich. Sie fordere den nationalen politischen Gremien ein dauerhaft stabilitätsgerechtes Verhalten ab. Daher sei die Fiskalpolitik über den Stabilitäts- und Wachstumspakt institutionell eingebunden. Dessen Ziele würden im laufenden Jahr jedoch nicht erreicht: Erstmals seit 1993 dürften sich die Finanzierungssalden der öffentlichen Hand wieder verschlechtern.

Langfristig gesehen sei das entscheidende Kriterium für den Euro die nationalen Preissteigerungsraten. Insgesamt strebe das Eurosystem eine mittelfristige Preissteigerung von weniger als zwei Prozent an.

Herausforderungen für die nationale Wirtschaftspolitik ergeben sich für Welteke auch durch die Effekte der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Finanzmärkte hätten sich schon im Vorfeld der Euro-Einführung stärker und schneller verändert als andere Märkte. Sie gäben Aufschluss über die Qualität der Finanzpolitik, der Geldpolitik und der Wirtschaftspolitik in den Einzelstaaten. Die Bewertung der Wirtschaftspolitik durch die Finanzmärkte schaffe Transparenz. Diese Transparenz, so Welteke, führe zu einer besseren Wirtschaftspolitik, da die Politik in kurzer Zeit von der aggregierten Kompetenz der Marktteilnehmer bewertet werde. ◀

Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Konjunkturflaute bei unternehmensnahen Dienstleistern

Die saisonbereinigte jährliche Umsatzwachstumsrate der unternehmensnahen Dienstleister ist im zweiten Quartal 2001 um 1,3 Prozentpunkte auf 3,0 Prozent gefallen. Somit setzte sich die konjunkturelle Stabilisierung, die sich im ersten Quartal 2001 abgezeichnet hatte, im zweiten Quartal nicht fort. Auch die Erwartungen für das dritte Quartal 2001 deuten keine Besserung an. Dies geht aus der aktuellen Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern von ZEW und dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, hervor.

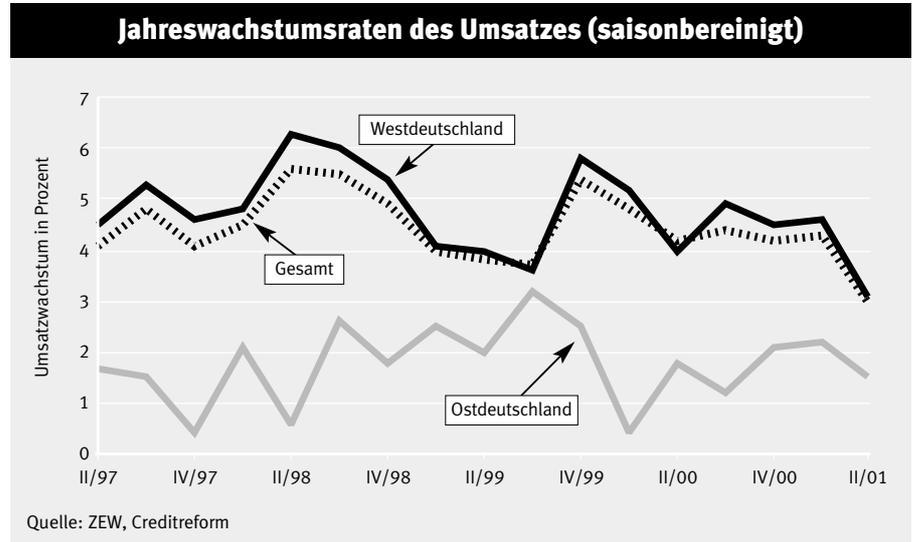
■ An der Dienstleistungsumfrage von ZEW und Creditreform beteiligen sich vierteljährlich rund 1.000 Unternehmen aus folgenden Branchen: Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architektur, technische Planung und Beratung, Kfz-Vermietung, Maschinenvermietung, Speditions- und Logistikunternehmen, EDV-Dienstleistungen, Werbeagenturen sowie Unternehmen der Abfallwirtschaft.

Nicht nur die Umsatzwachstumsrate ist gefallen. Die übrigen Indikatoren der konjunkturellen Entwicklung bei den unternehmensnahen Dienstleistern verstärken das Bild der Konjunkturflaute. So haben Nachfrage und Ertrag im Vergleich zum ersten Quartal 2001 nachgelassen. Es berichteten sogar mehr Unternehmen von gesunkenen als von gestiegenen Erträgen. Darüber hinaus haben erstmals wieder seit 1997 mehr Unternehmen Personal entlassen als neu eingestellt.

Pessimistische Erwartungen

Auch die Erwartungen der unternehmensnahen Dienstleister für das dritte Quartal 2001 sind pessimistisch, wobei dies gleichermaßen für die ost- und die westdeutschen Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges gilt. Die Umsatz- und Nachfrageerwartungen haben nachgelassen. Die mittelfristige Entwicklung der Erträge schätzen die Unternehmen pessimistisch ein. Darüber hinaus erwarten die unternehmensnahen Dienstleister, dass sich die Dynamik bei den Personaleinstellungen weiter verringert.

Die anhaltende Flaute in der Bauwirtschaft zieht auch im zweiten Quartal 2001 die konjunkturelle Entwicklung



der Architekten sowie technischen Berater und Planer in Mitleidenschaft. Wie schon in den Quartalen zuvor, berichteten in diesen beiden Branchen mehr Unternehmen von gesunkenen als von gestiegenen Umsätzen. Nachfrage und Erträge zeigen ein ähnliches Bild. Die dauerhaft angespannte Lage hat auch Auswirkungen auf die Personalentwicklung in diesen Branchen. Dies zeigt sich insbesondere dadurch, dass deutlich mehr Unternehmen Personal entlassen als neu eingestellt haben.

Auch bei den Unternehmen der Werbebranche und den Maschinenvermietern war die Personalentwicklung verhalten. Weiterhin berichten regelmäßig mehr Unternehmen dieser Branchen von gesunkenen als von gestiegenen Umsätzen. Die Nachfrage ist gering, und auch die Ertragsentwicklung ist gedämpft. Darüber hinaus deuten die Erwartungen der Unternehmen der Werbebranche an, dass sie hinsichtlich Umsatz-, Ertrags- und Nachfrageent-

wicklung keine Besserung sehen. Die Maschinenvermieter hingegen schätzen ihre nahe Zukunft optimistischer ein.

Den höchsten Anteil neu einstellender Unternehmen verzeichnen die Unternehmensberater, gefolgt von den EDV-Dienstleistern. Die Unternehmensberater stehen auch in Bezug auf ihre Umsatz-, Nachfrage- und Ertragsentwicklung an oberster Stelle. Die EDV-Dienstleister hingegen beurteilen ihre wirtschaftliche Lage verhalten. Trotzdem gehören sie auch weiterhin zu den wachstumsstärksten Branchen der unternehmensnahen Dienstleister.

Bei der Umsatzentwicklung zählen auch die Speditionen und Lagereien zu den wachstumsstärksten Branchen. Die gute Umsatzentwicklung schlägt sich aber in dieser Branche wie in der Vergangenheit nicht auf ihre Ertragslage durch. Es berichteten sogar etwas mehr Unternehmen von gesunkenen als von gestiegenen Erträgen. ◀

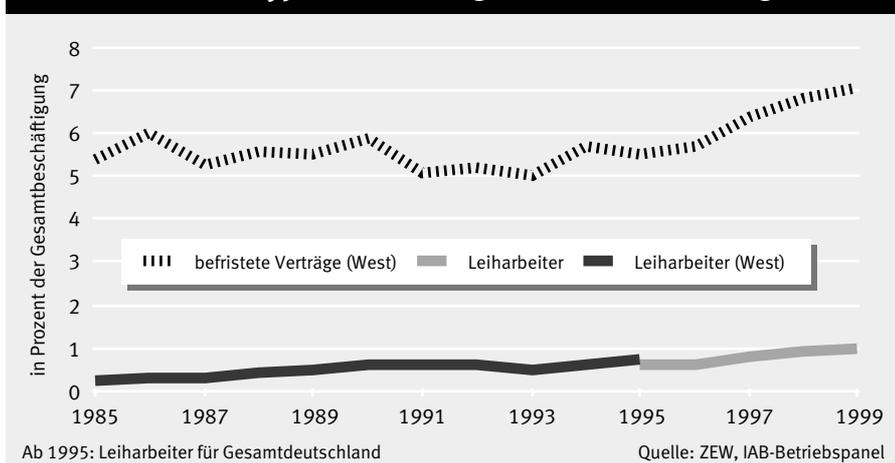
Alexandra Spitz, spitz@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Einsatz von atypischer Arbeit

So genannte atypische Arbeit – befristet Beschäftigte, Leiharbeiter und freie Mitarbeiter – ist seit vielen Jahren ein Thema in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Meist wird Flexibilität für ihre Deregulierung empfohlen oder werden sozialpolitische Argumente für ihre stärkere Regulierung vorgebracht. So wurden etwa im Januar 2001 die Bedingungen für den Einsatz befristeter Verträge verschärft. Der Einsatz von Leiharbeit ist dagegen erleichtert worden. Das ZEW hat nun in einer empirischen Studie untersucht, unter welchen Umständen westdeutsche Unternehmen atypische Arbeit einsetzen.

Anteile der atypisch Beschäftigten an allen Beschäftigten



Die ökonomische Theorie liefert mehrere Hypothesen über die Nachfrage nach atypischer Arbeit. Sie basieren meist auf den Anpassungskosten, die Unternehmen bei einem Mitarbeiterwechsel entstehen. Kosten, die bei Kündigung eines festen Mitarbeiters entstehen, können den Einsatz atypischer Beschäftigung in bestimmten Situationen profitabel machen. So etwa wenn die Unternehmen kurzfristig mit einer erhöhten Güternachfrage konfrontiert sind, wenn sie reguläre Arbeitnehmer aufgrund von Krankheit ersetzen müssen oder wenn sie bezüglich der Dauerhaftigkeit einer positiven Nachfrageentwicklung noch unsicher sind. Durch die Kontaktaufnahme mit Leiharbeitern über eine Zeitarbeitsfirma können Unternehmen außerdem die Kosten der Rekrutierung von neuen Beschäftigten senken. Kleine Betriebe können zudem bestimmte spezialisierte Aufgaben an freie Mitarbeiter vergeben. Auch in der Einsparung von Sozialversicherungsbeiträgen dürfte ein Anreiz für die Nachfrage nach freien Mitarbeitern liegen.

Das ZEW hat auf der Basis des IAB-Betriebspanels untersucht, unter welchen Umständen westdeutsche Betriebe Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, Leiharbeiter oder freie Mitarbeiter beschäftigen (ZEW Discussion Paper No. 01-33). Die Studie identifiziert den Effekt der Entlassungskosten auf den Einsatz atypischer Arbeit anhand der Änderung des Kündigungsschutzgesetzes (KschG) im Oktober 1996. Damals wurde der Schwellenwert für die Anwendung des KschG von Betrieben mit mindestens sechs auf Betriebe mit mindestens elf Beschäftigten erhöht. Falls durch das Gesetz verursachte Entlassungskosten tatsächlich wichtig sind, sollten die Betriebe, die nach der Reform nicht mehr in den Geltungsbereich des KschG fallen, weniger atypische Beschäftigung einsetzen als vor der Reform. Bei den anderen, nicht von der Reform betroffenen Betrieben sollte sich dagegen keine Änderung zeigen.

Für die befristete Beschäftigung wird diese Vermutung in der empirischen Analyse bestätigt. Betriebe, die 1996

aus dem Anwendungsbereich des Kündigungsschutzes fielen, setzten nach der Reform mit geringerer Wahrscheinlichkeit befristete Verträge ein als vorher. Für freie Mitarbeiter und Leiharbeiter findet sich dagegen kein solcher Zusammenhang. Offenbar herrscht zwischen regulären und befristeten Arbeitskräften eine engere Substitutionsbeziehung als zwischen regulären und Zeitarbeitnehmern oder freien Mitarbeitern.

Mitbestimmung fördert atypische Beschäftigung

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen atypische Beschäftigung einsetzt, steigt außerdem bei Umsatzsteigerungen und sinkt bei fallendem Umsatz. Auch die Existenz eines Betriebsrats erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen befristete Verträge einsetzt. Dies steht im Einklang mit der Hypothese, wonach die Mitbestimmung die Entlassungskosten permanent Beschäftigter erhöht. Befristete Beschäftigte werden außerdem verstärkt eingesetzt, um Arbeitnehmer in Mutterschaft und Erziehungsurlaub zu vertreten, während sich dieser Zusammenhang nicht für Leiharbeiter und freie Mitarbeiter zeigt. Gewerkschaften scheinen den Einsatz freier Mitarbeiter tendenziell zu verringern: Betriebe, die an Flächentarifmodelle gebunden sind, beschäftigen freie Mitarbeiter mit geringerer Wahrscheinlichkeit. Auch die Vermutung, dass spezialisierte Tätigkeiten, wie beispielsweise die Wartung von EDV-Systemen, an freie Mitarbeiter vergeben wird, bestätigt sich in den Schätzergebnissen. ◀

Dr. Bernhard Boockmann, boockmann@zew.de;
Tobias Hagen, hagen@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

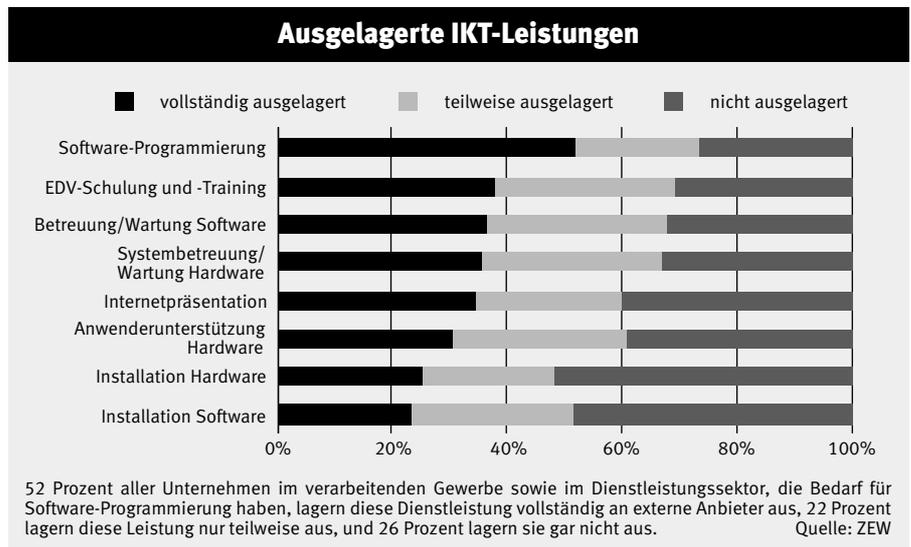
Outsourcing von IKT-Leistungen

Um mit der rasanten Entwicklung und Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) Schritt halten zu können, lagern viele Unternehmen IKT-Leistungen an externe Dienstleister aus. Eine aktuelle Umfrage von ZEW und infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft liefert ein repräsentatives Bild über das Ausmaß der Auslagerung von IKT-Leistungen im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Als wichtigste Gründe für Outsourcing werden höhere Fachkompetenz und die höhere Qualität der von externen Unternehmen erbrachten Leistungen genannt.

■ Im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor lagern 85 Prozent der deutschen Unternehmen IKT-Leistungen aus. Die Software-Programmierung ist die am häufigsten ausgelagerte IKT-Leistung. Sie wird von knapp 52 Prozent der Unternehmen vollständig und von knapp 22 Prozent der Unternehmen teilweise ausgelagert (s. Grafik). An zweiter Stelle liegen EDV-Schulung und -Training mit knapp 38 Prozent der Unternehmen, die diese Leistung vollständig auslagern. Im Mittelfeld bewegen sich die Systembetreuung beziehungsweise Wartung von Software und Hardware (jeweils etwa 36 Prozent), die Internetpräsentation (knapp 35 Prozent) sowie die Anwenderunterstützung bei der Hardware (gut 30 Prozent). Die Installation von Hard- und Software übernehmen die Unternehmen in der Regel selbst: Nur 25 Prozent beziehungsweise 24 Prozent der Unternehmen nehmen hierbei in vollem Umfang externe Anbieter in Anspruch.

Betrachtet man die einzelnen Branchen, so zeigt sich, dass Unternehmen der EDV-Branche eher über notwendige Ressourcen und Kompetenz verfügen, um IKT-Leistungen selber zu erbringen. 73 Prozent der EDV-Unternehmen lagern mindestens eine der in der Grafik genannten Dienstleistungen aus. Auch Einzelhandel (81 Prozent) und Verkehr (82 Prozent) sourcen seltener aus als andere Branchen. Die Branchen Chemie sowie Banken und Versicherungen lagern zu 96 beziehungsweise 94 Prozent aus.

Outsourcing ist bei großen Unternehmen weiter verbreitet als bei kleinen. Knapp 88 Prozent der Unternehmen mit fünf bis 49 Beschäftigten lagern IKT-Leistungen aus, während 98 Prozent der Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten outsourcen. Die komplexere



Struktur eines großen Unternehmen sowie der in der Regel größere Finanzierungsspielraum machen die Auslagerung von IKT-Leistungen an externe Anbieter wahrscheinlicher, während kleine Unternehmen beispielsweise eher auf Standardsoftware zurückgreifen.

Fachkompetenz und Qualität wichtige Gründe für Outsourcing

Aus Sicht der Unternehmen sind die wichtigsten Gründe für die Auslagerung von IKT-Dienstleistungen die höhere Fachkompetenz und die höhere Qualität der von externen Unternehmen erbrachten Leistungen. 38 Prozent der Unternehmen, die mindestens eine der in der Grafik aufgeführten Dienstleistungen auslagern, zählen den Qualitätsaspekt zu den zwei für sie wichtigsten Gründen für Outsourcing. Für die Unternehmen ist dabei nicht nur das Spezialwissen und der Erfahrungshintergrund externer Anbieter von Bedeutung. Externe Dienstleister können nach Meinung der

Unternehmen die rasante technische Entwicklung bei Software und Hardware besser beobachten und beispielsweise eine regelmäßige Aktualisierung von Softwareprogrammen garantieren. Neben der Sicherstellung der Qualität entscheiden sich die Unternehmen aufgrund von Kostenersparnissen gegenüber internen Lösungen (27 Prozent der Unternehmen mit Outsourcing) und aus Zeitmangel (16 Prozent) für das Outsourcing von IKT-Leistungen.

Nicht immer erfolgt Outsourcing durch die Unternehmen freiwillig. Der Mangel an IKT-Fachkräften im Unternehmen und unzureichende Qualifikation der eigenen Mitarbeiter zwingen 36 Prozent der Unternehmen dazu, auf die Dienstleistungen externer Anbieter zurückzugreifen. Von geringer Bedeutung für die Outsourcingentscheidung sind rechtliche Bindungen, etwa Wartungs- oder Lizenzverträge in Zusammenhang mit dem Kauf eines Softwareprogramms. ◀

Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de;
Helmut Fryges, fryges@zew.de

ZEW-Intern

ZEWler sind auf zahlreichen internationalen Konferenzen vertreten

■ Der Austausch der Forschungsergebnisse mit Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt spielt am ZEW eine große Rolle. Dies spiegelt sich unter anderem in der regen Teilnahme der ZEW-Mitarbei-

terinnen und -Mitarbeiter an nationalen und internationalen Konferenzen wieder. Allein im Monat September diesen Jahres tragen die folgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Konferenzen

vor. Um die Interessensgebiete der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW zu dokumentieren, sind die Themen der jeweiligen Vorträge angegeben. Eine Kontaktaufnahme ist höchst willkommen!

ESEM (Econometric Society European Meeting), 24.-29.8.2001:

Denis Beninger; Comparison between Unitary and Collective Models of Household Labour Supply with Taxation

Thiess Büttner; Spatial segregation, neighborhood effects, and criminal mobility: An empirical study of determinants of crime

Norbert Janz; Innovation Activities and European Patenting of German Firms – A Panel Data Analysis

Carsten Vogt; Cooperation in environmental negotiations due to a preference in equity

EEA (European Economic Association), 29.8.-1.9.2001:

Miriam Beblo; How much does a year off cost? Estimating the wage effects of employment breaks and part-time periods
Irene Bertschek; Productivity effects of organizational change: Microeconomic evidence

Bernhard Boockmann; Public preferences or economic interests: An empirical analysis of roll-call voting at the ILO

Thiess Büttner; Spatial segregation, neighborhood effects, and criminal mobility: An empirical study of determinants of crime

Martin Falk; Outsourcing of services, imported materials and the demand for heterogeneous labour: An application of a generalised Box-Cox function

Tobias Hagen; The use of flexible working contracts in West Germany: Evidence from an establishment panel

Peter Jacobebbinghaus; New technologies and the demand for medium qualified labour in Germany

Jens Köke; Corporate monitoring in Europe: Empirical evidence of managerial disciplining in Belgium, France, Germany; and the UK

Charlotte Lauer; Enrolments in higher education in West Germany – The impact of social background, labour market returns and educational funding

Elke Wolf; Comparing the part-time wage gap in Germany and the Netherlands

Thomas Zwick; Wage divergence: The impact of wage setting power and training costs

EARIE (European Association for Research in Industrial Economics), 30.8.-2.9.2001:

Matthias Almus; What Characterises a Fast Growing Firm?

Dirk Czarnitzki; The Effects of Public R&D Subsidies on Firms' Innovation Activities in a Transition Economy: The Case of Eastern Germany

Günther Ebling; Factors Explaining Export Success of German Service Sector Firms – Panel Tobit Estimation using Innovation Survey Data

Dirk Engel; The Impact of Venture Capitalist's Role on Firm Performance

Sandra Gottschalk; Innovation Dynamics and Endogenous Market Structure – Econometric Results from Aggregated Survey Data

Norbert Janz; Innovation Activities and European Patenting of German Firms

Alexandra Spitz; Ownership Structure and Firm Performance in the German Business-Related Service Sector

ESSID (European Summer School on Industrial Dynamics), 3.-9.9.2001:

Dirk Czarnitzki; Econometric Evaluation of Public Policy Schemes for Innovation Activities: The Case of Eastern Germany

Andreas Fier; Technology Policy and Business Innovation Activities – Development and Effects of Federal Government Grants on Business Innovation Activities in Germany

Max Keilbach (staff)

Alexandra Spitz; Information and Communication Technologies, Work Organization, and Wages

INFER (International Network for Economic Research), 7.-8.9.2001:

Andreas Löschel; EU enlargement and environmental policy

International Summer School on Economics, Innovation, Technological Progress, and Environmental Policy, 8.-12.9.2001:

Andreas Löschel; Induced technological change in energy-environmental modelling

Klaus Rennings; Employment impacts of cleaner production on the firm level: Empirical evidence from a survey in five European countries

EALE (European Association of Labour Economists), 13.-16.9.2001:

Denis Beninger; Comparison between unitary and collective models of household labour supply with taxation

Martin Falk; Diffusion of information technology, internet use and the demand for heterogeneous labour

Tobias Hagen; The use of flexible working contracts in West Germany: Evidence from an establishment panel

Peter Jacobebbinghaus; New technologies and the demand for medium qualified labour in Germany

Charlotte Lauer; Enrolments in higher education in West Germany

Elke Wolf; How much does a year off cost? Estimating the wage effects of employment breaks and part-time periods

Gaby Wunderlich; The gender gap in labour market participation and employment: A cohort analysis for West Germany

Thomas Zwick; Employment changes in innovative firms

Environmental Policy: Assessing the Costs of Compliance (London School of Economics), 17.-18.9.2001:

Andreas Löschel; Assessing the costs of compliance: The Kyoto Protocol

Verein für Socialpolitik, 25.-28.9.2001:

Irene Bertschek; Productivity Effects of Organizational Change: Microeconomic Evidence

Christoph Böhringer; Fair Division with general equilibrium effects and international climate politics

Bernhard Boockmann; Public preferences or economic interests: An empirical analysis of roll-call voting at the ILO

Thiess Büttner; Fiscal federalism and interstate risk sharing: Empirical evidence from Germany

Dirk Czarnitzki; Wirkt öffentliche Forschungsförderung? Empirische Befunde für den Dienstleistungssektor in Deutschland

ZEW-Intern

Günther Ebling; Panel Estimation of Export Activities in the Service Sector – Empirical Results Using Innovation Survey Data

Sandra Gottschalk; Innovation Dynamics and Endogenous Market Structure – Econometric Results from Aggregated Survey Data

Friedrich Heinemann; Public Deficits and Borrowing Costs: The Missing Half of Market Discipline

Felix Hüfner; The British foreign exchange reserves puzzle

Norbert Janz; Innovationsaktivitäten und Europäische Patentierung von deutschen Unternehmen: Eine Paneldatenanalyse

Erik Lüders; An extended residual income valuation model to analyze stock-based compensation

Ralf-Henning Peters; Abgabenbelastung, Reallohnresistenz und Beschäftigungsentwicklung: Evidenz aus sechs OECD Ländern

Frad Ramb; Investment and taxation in Germany – Evidence on firm-level panel data

Frank Reize; Leaving Unemployment for Self-Employment

Michael Schröder; Unternehmens- versus Analystenbefragung: Zum Prognosegehalt von ifo-Geschäftserwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen

Robert Schwager; Political uncertainty and federalism

Hannes Spengler; Local Neighborhood, Segregation, and Criminal Mobility: An Empirical Study of the Determinants of Crime

Alexandra Spitz; Ownership Structure and Firm Performance in the German Business-Related Service Sector

Claudia Stirböck; Agglomeration Tendencies in EU Regions: Where Does Capital Go?

Elke Wolf; Comparing the part-time wage gap in Germany and the Netherlands

Gaby Wunderlich; The Gender Gap in Labor Market Participation and Employment: A Cohort Analysis for West Germany

Environmental Innovation Systems, 27.-29.9.2001:

Klaus Rennings; Data banks for eco-innovation – Experiences from a European project

■ Auszeichnung für Matthias Almus

Der Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik wurde auf



der Jahrestagung der europäischen Gesellschaft für industrieökonomische Forschung (EARIE) mit dem Preis für den besten Konferenzbeitrag eines Nachwuchswissenschaftlers ausgezeichnet. Der Beitrag „What characterises a fast growing firm?“ ist als ZEW Discussion Paper No. 00-64 im Internet verfügbar.

ZEW-Neuerscheinungen

■ ZEW-Wirtschaftsanalysen

Caesar, Rolf; Heinemann, Friedrich (Hrsg.): *EU-Osterweiterung und Finanzmärkte*, Band 57, 2001, Nomos-Verlag Baden-Baden.

Gerke, Wolfgang; Beck, Carlo; Peters, Ralf; Schäffner, Daniel; Schröder, Michael; Westerheide, Peter: *Beschäftigungsperspektiven im Finanzsektor*, Band 58, 2001, Nomos-Verlag Baden-Baden.

■ Discussion Papers

Kaiser, Ulrich: *Product Innovation and Product Innovation Marketing: Theory and Microeconomic Evidence*, No. 01-31.

Bertschek, Irene; Kaiser, Ulrich: *Productivity Effects of Organizational Change: Microeconomic Evidence*, No. 01-32.

Boockmann, Bernhard; Hagen, Tobias: *The Use of Flexible Working Contracts in West Germany: Evidence from an Establishment Panel*, No. 01-33.

Engel, Dirk: *Höheres Beschäftigungswachstum durch Venture Capital?*, No. 01-34.

Czarnitzki, Dirk; Kraft, Kornelius: *Firm Leadership and Innovative Performance: Evidence from Seven EU Countries*, No. 01-35.

Puhani, Patrick A.: *Wage Rigidities in Western Germany?*, No. 01-36.

Entorf, Horst; Winker, Peter: *The Economics of Crime: Investigating the Drugs-Crime Channel*, No. 01-37.

Bell, Una-Louise: *Labour Reallocation During Transition: The Case of Poland*; No. 01-38.

Gottschalk, Sandra; Janz, Norbert: *Innovation Dynamics and Endogenous Market Structure*, No. 01-39.

Almus, Matthias: *Das Wachstum junger Unternehmen – Eine Bestandsaufnahme 10 Jahre nach der Wiedervereinigung*, No. 01-40.

Linzert, Tobias: *Sources of German Unemployment: Evidence from a Structural VAR Model*, No. 01-41.

Lüders, Erik; Hess, Dieter: *Accounting for stock-based compensation: An extended clean surplus relation*, No. 01-42.

Falk, Martin: *What Drives the Vacancy Rate for Information Technology Workers?*, No. 01-43.

Bell, Una-Louise; Artola, Concha: *Identifying Labour Market Dynamics Using Labour Force Survey Data*, No. 01-44.

Boeters, Stefan: *Green Tax Reform and Employment: The Interaction of Profit and Factor Taxes*, No. 01-45.

Rennings, Klaus; Ziegler, Andreas; Zwick, Thomas: *Employment Changes in Environmentally Innovative Firms*, No. 01-46.

Fitzenberger, Bernd; Schnabel, Reinhold; Wunderlich, Gaby: *The Gender Gap in Labor Market Participation and Employment: A Cohort Analysis for West Germany*, No. 01-47.

Falk, Martin: *Diffusion of Information Technology, Internet Use and the Demand for Heterogeneous Labor*, No. 01-48.

Böhringer, Christoph: *Climate Politics From Kyoto to Bonn: From Little to Nothing!?*, No. 01-49.

ZEW-Konferenz

Empirical Modeling of the Economy and the Environment

■ Am 26. und 27. Juni 2001 veranstaltete das ZEW einen internationalen Workshop zum Thema „Empirical Modeling of the Economy and the Environment“. Anlass waren das zehnjährige Bestehen des ZEW und der 60. Geburtstag von Klaus Conrad (Universität Mannheim). Ziel des Workshops war es, verschiedene Ansätze der umweltökonomischen Modellbildung darzustellen, den Stand der empirischen Umweltforschung aufzuzeigen und führenden Ökonomen ein Forum für die wissenschaftliche Diskussion auf dem Gebiet der empirischen Umweltökonomik zu bieten. Rund 40 Teilnehmer aus Deutschland, Europa und den USA besuchten den Workshop.

Einleitend würdigte ZEW-Präsident Wolfgang Franz das wissenschaftliche Werk Conrads, der seit langem Forschungsprofessor am ZEW ist und maßgeblich am Aufbau des ZEW-Forschungsbereichs Umweltökonomik beteiligt war.

Umwelt, Wachstum und Handel

Einen Schwerpunkt des Workshops bildeten Arbeiten zur Interaktion von Umwelt, Wachstum und internationalem Handel. Thomas Osang (Southern Methodist University) zeigte auf Basis von US-Daten, dass Branchen mit strikterer umweltökonomischer Regulierung ein niedrigeres Produktivitätswachstum aufweisen. Auch Franz Wirl (Universität Wien) analysierte die Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen auf das Produktivitätswachstum. Cees Withagen (Universität Tilburg) untersuchte den Einfluss umweltpolitischer Maßnahmen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Er benannte mögliche Ursachen für divergierende Ergebnisse in der

Literatur. Michael Rauscher (Universität Rostock) befasste sich mit dem so genannten „Leakage“-Problem: Striktere Umweltregulierung in einem Land kann zu höheren Emissionen in anderen Ländern führen. Er zeigte, dass Leakage-Effekte zwischen 15 und 35 Prozent realistisch sind. Heinz Welsch (Universität Oldenburg) analysierte, warum trotz fallender Energiepreise die Kohlenstoffintensität in der westdeutschen Industrie stark zurückgegangen ist. Er vertrat die These, dass dafür neben der inländischen Energiepolitik und der heimischen Steigerung der Energieeffizienz insbesondere der handelsinduzierte Strukturwandel verantwortlich war.

Kyoto-Protokoll

Andere Arbeiten beschäftigten sich mit dem Kyoto-Protokoll und der Ausgestaltung internationaler Klimaschutzabkommen nach Kyoto. ZhongXiang Zhang (Universität Groningen) zeigte, dass durch den Einsatz flexibler Instrumente (Zertifikatehandel, Joint Implementation, Clean Development Mechanism) die Kosten zur Erreichung der Klimaschutzziele des Kyoto-Protokolls signifikant reduziert werden können. Er machte deutlich, dass dabei die Einbeziehung der Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung ist. Rob Dellink (Universität Wageningen) untersuchte verschiedene Spezifikationen der Emissionsvermeidung in dynamischen angewandten allgemeinen Gleichgewichtsmodellen. Georg Müller-Fürstenberger (Universität Bern) analysierte in einem Integrated Assessment Model den intertemporalen Handel im Rahmen eines Emissionsrechtensystems für Treibhausgase. Er

stellte dar, dass die anfängliche Zuteilung der Emissionsrechte entscheidend dafür ist, wer durch die intertemporale Flexibilität gewinnt und wer verliert. Gebhard Kirchgässner (Universität St. Gallen) analysierte, warum in der Umweltpolitik mehrheitlich Auflagen statt der von Umweltökonomien geforderten marktlichen Instrumente (Steuern und Zertifikate) eingesetzt werden.

Die weiteren theoretischen und empirischen Arbeiten befassten sich mit Problemen aus verschiedenen Bereichen der Umweltökonomie. Stef Proost (KU Leuven) betrachtete die Eignung des Kosten-Effizienz-Ansatzes bei der Wahl eines optimalen Emissionsstandards für Kraftfahrzeuge in der EU. Wolfgang Buchholz (Universität Regensburg) beschäftigte sich mit der Rolle der Diskontierung im utilitaristischen Konzept der Verteilungsgerechtigkeit. Heleen Bartelings (Universität Wageningen) präsentierte ein angewandtes allgemeines Gleichgewichtsmodell für den Abfallmarkt. Rüdiger Pethig (Universität Siegen) demonstrierte, wie die Interaktion von Wirtschaftssystem und Umwelt in einem gekoppelten Modell mit einer Wettbewerbsökonomie und einem Gleichgewichtsmodell des Ökosystems dargestellt werden kann. Till Requate (Universität Heidelberg) stellte die Anreizwirkungen umweltpolitischer Maßnahmen für den Einsatz neuer, weniger verschmutzender Technologie dar und untersuchte die damit verbundenen Rückwirkungen auf Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

Die auf dem Workshop präsentierten Papiere können unter www.zew.de heruntergeladen werden. ◀

Andreas Löschel, loeschel@zew.de

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Präsentationstraining, 9. Oktober 2001, ZEW-Gebäude.

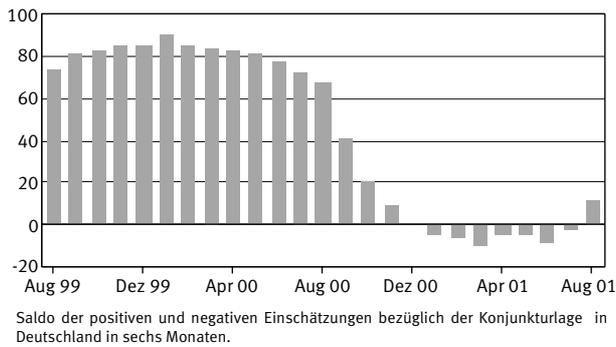
Euro Coaching, 16. Oktober 2001, ZEW-Gebäude.

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen auch gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: pauli@zew.de

Daten und Fakten

Finanzmarkttest im August: Konjunktur – Optimisten gewinnen die Oberhand

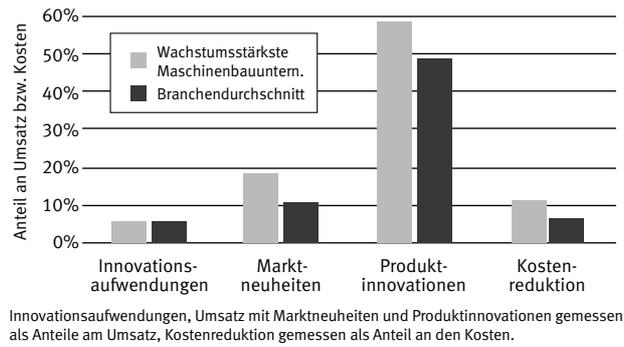


Quelle: ZEW

Für die Finanzexperten ist das Ende der konjunkturellen Durststrecke in Deutschland in Sicht: Der Saldo der ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland ist im August deutlich gestiegen und liegt nun bei einem Plus von 11,4 Punkten. Das entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vormonat von 13,3 Punkten und ist der stärkste Anstieg seit zwei Jahren. Erstmals seit Dezember letzten Jahres übersteigt der Anteil der Konjunktur-Optimisten nun wieder den Anteil der Pessimisten. Gemäß dem Vorlauf der ZEW-Konjunkturerwartungen sollte sich dieser positive Umschwung etwa Anfang nächsten Jahres in der deutschen Industrieproduktion niederschlagen.

Felix Hüfner, huefner@zew.de

Maschinenbau: Umsatzwachstum geht mit Innovationserfolgen einher

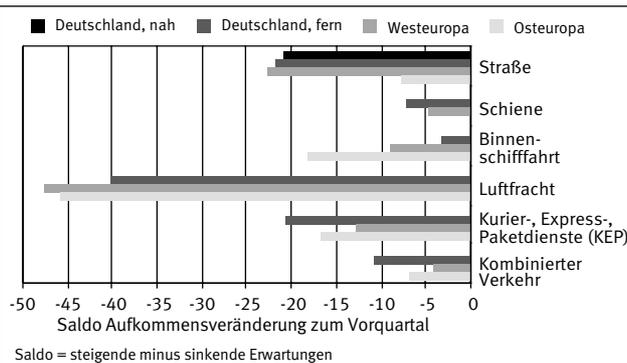


Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 2000

Die wachstumsstärksten Maschinenbauunternehmen nutzen ihre Innovationspotenziale wirksamer als ihre weniger dynamischen Konkurrenten. Das zeigt das vom ZEW erstmals durchgeführte Innovations-Benchmarking. Die dynamischsten Maschinenbauer verwendeten im Jahr 1999 einen ähnlich hohen Anteil der Einnahmen für Innovationsprojekte wie der Branchendurchschnitt, erzielten mit 18 Prozent aber einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Umsatzes mit echten Marktneuheiten. Auch die durch Prozessinnovationen eingesparten Kostenanteile fielen mit 11,3 Prozent deutlich höher aus als das Branchenmittel (6,6 Prozent).

Thomas Hempell, hempell@zew.de

Druck auf die Transportpreise im Güterverkehr

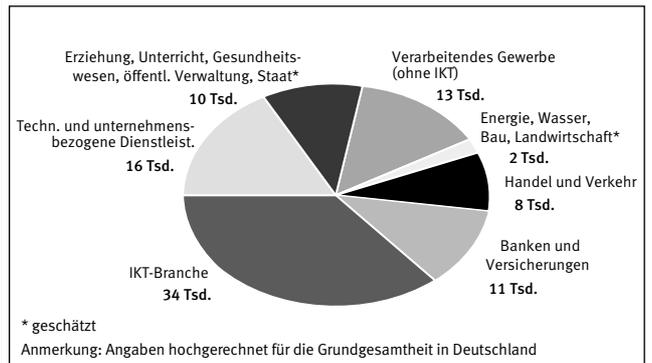


Quelle: ZEW

Nachdem die Experten des German Parcel Transportmarkt-Barometers bereits im vergangenen Quartal ein sinkendes Transportaufkommen bei gleichzeitiger Stabilisierung der Preise in allen sechs Märkten im nationalen und europäischen Verkehr erwartet hatten, rechnen sie im 3.Quartal 2001 nicht nur mit sinkenden Aufkommen. Auch die Erwartungen bezüglich der Frachtraten haben sie aufgrund der schlechten Konjunktur nun doch revidiert. Die Transportpreise scheinen insbesondere in den stark umkämpften Märkten des Straßengüterverkehrs, des Lufttransports und des KEP-Markts dem Preisdruck nicht mehr stand halten zu können.

Georg Bühler, buehler@zew.de

Informations- und Kommunikationstechnologien: Fachkräftemangel trifft alle Branchen



Quelle: ZEW, eigene Erhebung

Der Fachkräftemangel im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) betrifft nicht nur den IKT-Sektor, sondern die gesamte Wirtschaft, die auf die Nutzung von IKT bei der Produktion oder der Erstellung von Dienstleistungen angewiesen ist. Insgesamt konnten Unternehmen in Deutschland im ersten Halbjahr 2000 rund 93.000 Stellen für IKT-Fachkräfte nicht wie gewünscht besetzen. Durchschnittlich 80 Prozent dieser nicht besetzten Stellen entfallen auf neu eingerichtete Stellen und 20 Prozent auf Ersatzbedarf. Für nahezu alle Branchen gilt dabei: Je kleiner die Unternehmen sind, desto stärker sind sie vom IKT-Fachkräftemangel betroffen.

Martin Falk, falk@zew.de

standpunkt



Bundeskanzler

Die besorgniserregende Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt schickt sich an, zu einem beherrschenden Thema des nächstjährigen Bundestagswahlkampfes zu werden. Dagegen ist nichts einzuwenden, nur sollten die Wahlkämpfer gleich welcher Couleur Zuständigkeiten und Schuldzuweisungen richtig verteilen und bei allfälligen Lösungsvorschlägen, die zu erfahren das Wahlvolk ein Anrecht besitzt, ökonomische Vernunft walten lassen.

Bekanntlich will sich der Bundeskanzler – jedenfalls bis vor kurzem – an der 3,5 Millionen-Zielmarke der Anzahl der Arbeitslosen im Herbst 2002 messen lassen. Die Problematik solcher quantitativer Vorgaben liegt auf der Hand: Zunächst besteht die Gefahr, dass ihrer bloßen Erfüllung halber zu letztlich untauglichen Mitteln einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegriffen wird, etwa in Form einer Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Davon abgesehen würden solche Messlatten dem Staat eine unangemessen prioritäre Zuständigkeit für die Beschäftigungslage auf, so als ob den Tarifvertragsparteien nicht die Führungsrolle im Hinblick auf die Schaffung neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zukäme.

Nun lässt die konjunkturelle Entwicklung die Erreichung des 3,5 Millionen-Erfolgskriterium in immer weitere Entfernung rücken und zudem rächt es sich im Hinblick auf den verbalen Wahlkampf-Schlagabtausch, dass der Bundeskanzler den seinerzeitigen Aufschwung für sich reklamierte. Gleichwohl sollte man auf dem Teppich bleiben: Der Bundeskanzler kann schwerlich für die Abschwächung der Weltkonjunktur verantwortlich gemacht werden. Konjunkturschwankungen gehören nach aller Erfahrung unvermeidlich zur wirtschaftlichen Entwicklung, und solange es sich um leichte Ausschläge handelt, ist die Wirtschaftspolitik ziemlich machtlos. Des Weiteren sollte bedacht werden, in welchem Umfang der nahezu wöchentliche Unterbietungswettlauf renommierter Konjunkturforscher im Sommer dieses Jahres hinsichtlich der Wirtschaftsent-

wicklung der Jahre 2001/2002 zu einer tendenziellen Selbstbestätigung ihrer pessimistischen Prognosen geführt hat. Etwas überspitzt formuliert: Eine Konjunktorentwicklung kann auch mies geredet werden. Sicherlich: Die Professionalität vieler Prognosen bleibt unbestritten. Aber: Angesichts beträchtlicher Bandbreiten bei den vorhergesagten Veränderungsdaten des realen Bruttoinlandsprodukts hat sich die Behutsamkeit bei der Veröffentlichung der Ergebnisse als noch steigerungsfähig erwiesen.

Was die Konjunkturpolitik anbelangt, so spricht derzeit einiges für die „ruhige Hand“ des Bundeskanzlers, aber er besitzt noch eine zweite, die umso kräftiger zupacken und versuchen sollte, die deutsche Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. Zu dem Arsenal einer beschäftigungsfreundlichen Angebotspolitik gehören indessen definitiv nicht Rationierungs- und Regulierungsmaßnahmen. Eine zwangsweise Rückführung der Überstunden führte schon aufgrund des Mismatches auf dem Arbeitsmarkt in die Irre – Überstunden werden vornehmlich von (höher) qualifizierten Arbeitskräften geleistet. Und dass die Novellierung unter anderem des Betriebsverfassungsgesetzes Arbeitsplätze kosten würde, dies wurde Regierung und Gewerkschaften zu oft gesagt, als dass sie nun darüber lamentieren dürfen. Vielmehr wäre der Bundeskanzler ökonomisch gut beraten, wenn er verlässlich ankündigte, die Steuerreform entscheidend weiter zu führen (zusätzliche Senkung der Steuerlast und Vereinfachung des Steuersystems) und den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren (etwa im Hinblick auf ein beschäftigungsfreundlicheres Arbeitsrecht), um nur zwei Beispiele zu nennen.

Die Konjunktur eignet sich wenig als Wahlkampfthema, wohl aber das Wachstum, daran sollten sich die Vorschläge der Wahlkämpfer orientieren und messen lassen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher